



Rückblick auf die jüngste Kreistagssitzung

Bevor sich der Kreistag in die Sommerpause verabschiedete, gab es am 22. Juni noch eine Sitzung. Nachfolgend findet sich eine Auswahl der behandelten Tagesordnungspunkte.

Beigeordnetenwahl

Die Führungsmannschaft der Kreisverwaltung ist wieder komplett. Mit Björn Christian Paterok wurde nun auch noch der letzte der neu zu wählenden Beigeordnetenstellen besetzt.

In geheimer Wahl erhielt Herr Paterok im ersten Wahlgang 35 Ja-Stimmen und damit mehr als die erforderlichen 29 Ja-Stimmen. Es gab zehn Nein-Stimmen. Damit wurde Herr Paterok gewählt und nahm auf Nachfrage die Wahl an.

Deutschlandfahne auf Gebäuden des Landkreises Teltow-Fläming

Wenn es um Patriotismus geht, bemüht die AfD als Argument sogar die Integration von Zuwandern ... Das, was die AfD schon in anderen Orten im Land erreicht hat, soll also nun auch in Teltow-Fläming kommen: Nationalismus befördern, Patriotismus stärken. Und für dieses vermeintlich wichtige Ziel wird von der AfD sogar die Integration von Zuwanderern als Begründung herangezogen: »Die

Integration von Zuwanderern in unser Gemeinwesen kann darüber hinaus nur dauerhaft gelingen, wenn die Integration in das Aufnahmeland attraktiv ist.«.

Mal ganz abgesehen davon, dass wir in Deutschland definitiv drängendere Probleme haben als einen vermeintlich zu geringen Patriotismus, ist die Stellungnahme der Kreisverwaltung zu dem Antrag recht deutlich: »Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da der Intention des Antrages einer durchgängigen Beflaggung mit der aktuellen Praxis bereits entsprochen wird.«. Wir meinten, richtig so. Zum Antrag der AfD gab es eine deutliche Ablehnung: Alle waren dagegen, nur die AfD stimmte mit Ja.

Die Fraktion CDU/BV/VUB/FDP wollte der AfD das Feld des Patriotismus aber offenbar nicht überlassen und stellte einen weitergehenden Antrag: Nicht nur die Bundesflagge, sondern auch Europa und die Fahne Brandenburgs sollten wehen. Auch hier steht, wie schon beim AfD-Antrag, die Frage nach der Finanzierung. Denn neue Fahnenmaste sowie auch zusätzliche Flaggen wären zu kaufen. Und das bei einer Haushaltssicherung im Landkreis, die keine neuen freiwilligen Ausgaben gestattet.

Ob der Landkreis nun für diese Flaggensymbolik zusätzliches Geld ausgeben darf, hätte am Ende wohl das Ministerium für Inneres und Kommunales zu entscheiden. Doch dazu kam es nicht. Die Befürworter unter anderem aus den Fraktionen CDU/BV/VUB/FDP und AfD kamen auf 20 Stimmen, die Nein-Stimmen aus unserer Fraktion sowie von SPD/Grüne und Freie Wähler summierten sich auf 21 – Antrag abgelehnt.

Durchführung des Veteranentages im Landkreis Teltow-Fläming

Die Fraktion CDU/BV/VUB/FDP wollte mit ihrem Antrag im Landkreis jedes Jahr einen Veteranentag durchführen. In ihrer Stellungnahme zum Antrag hat die Kreisverwaltung dem Kreistag daraufhin folgenden Beschlussvorschlag unterbreitet: »Der Kreistag beschließt, den Veteranentag 2027 im Rahmen einer Feierstunde vor der Juni-Kreistagssitzung unter Einbindung des Landeskommandos Brandenburg, von Veteran*innen der Bundeswehr sowie von Reservistenverbänden zu begehen. Diese Feierstunde wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit durch den Landkreis begleitet. Die Bundesflagge ist am Kreishauses zu hissen. Finanzielle Aufwendungen dürfen nicht entstehen. Dem Kreisausschuss ist im Januar 2027 ein Konzept dafür vorzulegen.«

Diesem Vorschlag folgte der Kreistag deutlich: So ziemlich alle stimmten zu, wir haben uns enthalten.

Verhinderung der Schließung der Kinderabteilung im Krankenhaus Ludwigsfelde

Auf den Punkt gebracht: Symbolpolitik von SPD und CDU im Kreistag – handeln könnten beide in ihrer eigenen Regierung!

Die Fraktionen SPD/B90 Die Grünen und CDU/BV/VUB/FDP forderten in ihrem gemeinsamen Antrag, dass zur Rettung der Kinderabteilung im Krankenhaus

Ludwigsfelde die Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) mit den Bürgermeister*innen zusammen das Gespräch mit dem Brandenburger Gesundheitsministerium suchen soll. Für uns war das Augenwischerei. Denn wer hat denn erst die Grundlagen für dieses profitorientierte Gesundheitswesen gelegt, an dem jetzt nach und nach die Krankenhäuser im Land scheitern? Das ist das Ergebnis einer Gesundheitspolitik, die auch Karl Lauterbach (SPD) als Bundesgesundheitsminister bis 2025 forcierte – Stichwort Krankenhausreform. Und das unter einem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der in Ludwigsfelde als Bundestagsabgeordneter direkt gewählt wurde.

Und nun stellt sich die lokale SPD hin, zeigt sich »völlig schockiert«? Das ist die gleiche SPD, die eben seit Jahrzehnten diese verfehlte Gesundheitspolitik im Bund mitbetreibt, ja sogar befördert. Und dann wird vor Ort geklagt und Aktionismus gezeigt?! Vielleicht sollte sich die hiesige SPD einfach am Brandenburger Gesundheitsminister (SPD) halten. Für den ist die Schließung nämlich »kein Weltuntergang.« Schlimmer noch: »Es wird nicht die letzte Nachricht dieser Art sein«, sagte Minister Wilke am 27. Mai im Fernsehen. Nichtsdestotrotz konnte man sich im Kreistag nicht gegen diesen Antrag stellen – jede Art von Initiative ist besser als keine. Daher haben auch wir dem Antrag zugestimmt. Genauso wie der Kreistag: alle stimmten zu, die Freien Wähler haben sich enthalten.

Aber die Verantwortlichkeiten müssen klar benannt werden. Ehrliche Politik haben wir alle verdient! Es braucht keine von SPD und CDU initiierten Alibi-Appelle im Kreistag, es braucht eine von SPD und CDU veränderte Politik in Bund und Land! Gesundheit ist keine Ware, damit macht man keine Profite!

Felix Thier, Mitglied des Kreistages, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/Die PARTEI-PDS

Jugendhilfeausschuss Teltow-Fläming: Es gibt viel zu tun

Überforderte Beamt*innen, ausgebrannte Eltern und überlastete Erzieher*innen: Das soziale System brennt bundesweit. Jahrzehntelange Unterfinanzierung, veraltete Abläufe und hohe bürokratische Hürden setzen dem Ganzen die Krone auf.

Auch in Teltow-Fläming sind die Probleme spürbar. Als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss für unsere Kreistagsfraktion durfte ich auf meiner ersten Sitzung Zeuge einer unglaublich – und völlig zurecht – emotionalen Debatte werden. Es ging um die dringend benötigte Unterstützung in der Eingliederungs- und Jugendhilfe. Eine Initiative betroffener Eltern hatte sich direkt an den Ausschuss gewandt: Man fühle sich vom System vergessen, missverstanden und allein gelassen. In einem 16-seitigen Brandbrief brachten sie ihre Verzweiflung auf den Punkt. Es hagelte deutliche

Kritik am System – insbesondere an den Abläufen im Jugendamt. Unter Tränen schilderten betroffene Mütter und Väter ihre Situation, ihre Überforderung und ihre Wut darüber, dass es teilweise Monate dauert, ehe Anträge überhaupt bearbeitet werden. Der Jugendhilfeausschuss hat dieses Signal ernst genommen und umgehend für Mitte August eine Sondersitzung einberufen, um den zahlreichen Problemen entschlossen den Kampf anzusagen. Ich bin dankbar, als Ausschussmitglied Teil dieses Prozesses zu sein. Als Erzieher ist es mir ein persönliches und wichtiges Anliegen, dass diese Eltern und ihre Sorgen endlich Gehör finden. In meiner täglichen Arbeit sehe ich das System leider regelmäßig versagen. Verzweifelte Eltern, überforderte Kinder und ausgebranntes Personal sind längst keine Seltenheit

mehr – sie sind bitterer Alltag. Das darf so nicht weitergehen. Mit jedem Monat, den eine Familie auf eine Antwort wartet, geht der kostbarste Faktor im Kampf für chancengerechte Aufwachbedingungen verloren: Zeit. Prozesse müssen beschleunigt werden. Das bloße Gerede von einem besseren Morgen löst die drängenden Probleme der Gegenwart nicht. Es muss gehandelt werden – und zwar sofort. Genau dafür werde ich mich im Ausschuss mit Nachdruck einsetzen. Es braucht JETZT Lösungen, nicht erst in zwei Jahren. Anträge müssen schneller bearbeitet, bürokratische Hürden abgebaut und konkrete Hilfsangebote klar kommuniziert werden, um stark belasteten Familien spürbar unter die Arme zu greifen. Ich freue mich darauf, an diesen Lösungen gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräf-

ten im Ausschuss zu arbeiten. Das Sparen auf dem Rücken der nächsten Generation muss aufhören – es ist höchste Zeit für echtes Umdenken und konkretes Handeln.



Elian Franz,
Mitglied des Jugendhilfeaus-
schusses für die Fraktion Die
Linke/Die PARTEI-PDS

Stadt Ludwigsfelde

Kinderfreundliche Kommune und mehr

Immer wieder gibt es in der Stadt Anlass zu Beschwerden, was die Ordnung betrifft. Die Mülleimer werden zum Beispiel nur werktags entleert. Nun ist ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, der dem erhöhten Aufkommen gerecht wird. Weiterhin wurden in der Stadtverordnetenversammlung

(SVV) mehrere Maßnahmebe-
ginnbeschlüsse zu verschiedenen
Bauvorhaben gefasst, eine Neu-
fassung der Archivordnung, die
seit 1996 tatsächlich schon et-
was veraltet ist, beschlossen und
dem SV Siethen eine finanzielle
Unterstützung für seine Senioren-
weihnachtsfeier gewährt. Leider
ist Siethen von unseren elf
Ortsteilen der einzige, der
keinen Ortsbeirat hat. Somit
übernimmt die Stadt diese
Aufgabe. Aber das Thema, das
alle Stadtverordnete und Ein-
wohner*innen sowie Gäste
bei der jüngsten Sitzung
am meisten bewegte,
war die Schließung der
Kinderstation des Evan-
gelischen Krankenhauses
Ludwigsfelde. Es wurden
auf verschiedenen Ebenen
Gespräche über die me-
dizinische Versorgung für
Kinder und Jugendliche ge-
führt. Vertreter*innen des

Krankenhauses, des Ministeriums
(MASGZ) und des Ernst-von-
Bergmann-Klinikums in Potsdam
waren mit einbezogen. Herr Dr.
Schmidt, Vertreter der Diakonie,
war in unserer SVV anwesend
und stand zur Situation Rede
und Antwort. Um die schwierige
Lage vorerst zu entschärfen, hat
sich die Stadt entschlossen, vor-
behaltlich der Zustimmung der
Kommunalaufsicht, ein tages-
klinisch ärztliches Angebot bis
Ende Juli 2027 mitzufinanzieren
und dafür 550.000 Euro aus dem
städtischen Haushalt bereitzu-
stellen. Doch wie dann weiter?
Eigentlich sollte doch alles, was
zur Gesunderhaltung der Men-
schen beiträgt, sich nicht selbst
finanzieren müssen ... Nun noch
etwas sehr Erfreuliches: am 8. Juli
hat unsere Stadt das Siegel »Kinder-
freundliche Kommune« bekommen.
Unser Bürgermeister Herr Igel bringt
es auf den Punkt: »Wie Kinder
und Jugendliche heute aufwach-

sen, welche Möglichkeiten ihnen
offenstehen und wie ernst ihre
Stimmen genommen werden, ent-
scheidet darüber, wie lebenswert
Ludwigsfelde morgen sein wird.«
Über den 1. Aktionsplan für den
Zeitraum 2026 bis 2028 dazu,
kann man sich in unserem Links-
treff gern informieren. Hier schon
einige Auszüge aus dem Maß-
nahmenplan: Verankerung der
UN-Kinderechtskonvention in
der Hauptsatzung der Stadt, si-
chere Schulwege, Erweiterung
der Spielplätze durch barriere-
freie Spielgeräte, Einrichtung
einer beziehungsweise eines
Kinder- und Jugendbeauftrag-
te*n als unabhängige Stabstelle,
Kinder- und Jugendbefragung,
Bürgermeistersprechstunde für
Kinder und Jugendliche, Azubi-
Wettbewerb, Begrüßungspaket
für Neugeborene und deren Fa-
milien. Wünschen wir bei allen
Vorhaben gutes Gelingen.

Angelika Linke, Mitglied der
Stadtverordnetenversammlung,
Fraktion Die Linke/FiLu



Solarpark Saalow/Gadsdorf

Energiewende ja, aber nicht um jeden Preis

Die Diskussion um den geplanten Solarpark zwischen Saalow und Gadsdorf hat deutlich gemacht, dass die Energiewende nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestaltet wird. Genau daran hat es im bisherigen Verfahren aus Sicht vieler zeitweise gefehlt. In den Sitzungen des Ortsbeirates wurde deutlich, dass Saalow nicht bereit ist, allein eine derart große Fläche für ein Projekt bereitzustellen, das Auswirkungen auf die gesamte Gemeinde hat. Die ursprünglich geplante Fläche von rund 210 Hektar – das entspricht etwa 294 Fußballfeldern – hätte das Orts- und Landschaftsbild erheblich verändert. Gerade diese Größenordnung hat viele Menschen im Ort bewegt. Entsprechend groß war das Interesse: Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger besuchten die Sitzungen und brachten ihre Sorgen und Einwände vor. Besonders deutlich wurde die Kritik auch durch den Eigentümer der historischen Mühle. Als denkmalgeschütztes Bauwerk prägt sie das Ortsbild und ist ein wichtiger Teil der Geschichte Saalows. Viele sehen es kritisch, einen großflächigen Solarpark unmittelbar im Umfeld

eines solchen Denkmals zu errichten. Für Die Linke ist klar: Die Energiewende braucht Akzeptanz. Wer auf dem Land lebt, identifiziert sich mit seinem Dorf, seiner Landschaft und seiner Geschichte. Diese Verbundenheit darf nicht als Fortschrittsfeindlichkeit abgetan werden. Die Menschen wollen ihre Heimat mitgestalten und erwarten zu Recht, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Ebenso sehen wir kritisch, dass immer mehr landwirtschaftliche Flächen für Photovoltaik vorgesehen werden. Landwirtschaftliche Betriebe stehen wirtschaftlich unter Druck. Dennoch darf die Verpachtung oder Umwandlung von Ackerflächen in Solarparks nicht zur dauerhaften oder bevorzugten Lösung werden. Unsere landwirtschaftlichen Flächen dienen der regionalen Lebensmittelproduktion und sind eine wertvolle Ressource. Die Energiewende darf nicht dazu führen, dass fruchtbare Böden nach und nach aus der landwirtschaftlichen Nutzung verschwinden. Vorrang sollten dort, wo es möglich ist, Dächer, Konversionsflächen sowie bereits versiegelte oder anderweitig vorbelastete Flächen haben. Im weiteren Verlauf zeigte sich, dass der

Vorhabenträger nur begrenzt zu Kompromissen bereit war. Schließlich setzte die Gemeindevertretung (GV) mit einem Änderungsantrag eine deutliche Reduzierung der vorgesehenen Fläche durch. Damit wurde der ursprüngliche Umfang des Projekts erheblich verkleinert. Positiv hervorzuheben ist jedoch der demokratische Prozess innerhalb der Gemeinde. Zwischen den Ortsbeiräten, dem Bauausschuss und der GV fand ein intensiver Austausch statt. Die Diskussionen waren sachlich, unterschiedliche Positionen wurden angehört und letztlich in die Entscheidungsfindung einbezogen. Dieses Zusammenspiel der kommunalen Gremien zeigt, dass Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie funktionieren können, wenn Argumente ernst genommen werden. Der Bürgermeister verweist vor allem auf die dringend benötigten Einnahmen für die finanziell angespannte Gemeinde. Zusätzliche Einnahmen können zweifellos wichtig sein. Dennoch darf die finanzielle Situation einer Kommune nicht dazu führen, dass berechtigte Bedenken der Bevölkerung oder der Schutz des Ortsbildes in den Hintergrund geraten. Aus Sicht der Linken muss eine nachhaltige

Entwicklung sowohl ökologische als auch soziale und kulturelle Interessen berücksichtigen. Wir stehen zur Energiewende. Doch sie darf nicht gegen die Menschen vor Ort durchgesetzt werden. Große Anlagen müssen maßvoll geplant, transparent diskutiert und gemeinsam mit den betroffenen Ortsteilen entwickelt werden. Ebenso braucht es eine faire Verteilung der Lasten innerhalb der Gemeinde und eine stärkere Nutzung bereits versiegelter Flächen, wo dies möglich ist. Die finanzielle Handlungsfähigkeit einer Kommune darf zudem nicht allein von immer neuen Großprojekten abhängen. Eine solide Haushaltsführung und eine langfristige kommunale Entwicklungsstrategie sind ebenso notwendig wie die Erschließung neuer Einnahmequellen. Die Zukunft unserer Gemeinde entscheidet sich nicht allein an der Größe eines Solarparks, sondern daran, ob politische Entscheidungen transparent, ausgewogen und im Interesse aller getroffen werden. Energiewende und der Schutz unserer Dörfer sind kein Widerspruch. Beides gehört zusammen. Deshalb braucht es Projekte mit Augenmaß, die die Interessen der Gemeinde, der Landwirtschaft, des Denkmalschutzes und der Menschen vor Ort gleichermaßen berücksichtigen.

Doreen Schulze,
Mitglied der Gemeindevertretung,
Fraktion SPD/Die Linke

Zwischenbilanz: Verantwortung übernehmen – Großbeeren sozial weiterentwickeln

Seit etwas über zwei Jahre vertritt ich Die Linke in der Gemeindevertretung Großbeeren und arbeite in einer Fraktion mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ziel ist eine Politik, die den Menschen nützt und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Ich sitze in den Ausschüssen für Gemeindeentwicklung, Bauen, Umwelt und Flughafen sowie Kultur, Sport und Vereine, wo die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Großbeeren wächst – das ist Chance und Herausforderung zugleich. Wachstum darf sich nicht nur in neuen Gewerbeansiedlungen und Baugebieten ausdrücken, sondern muss sich in einer guten Lebens-

qualität für alle spiegeln. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Investitionen nicht allein in Straßen und Erschließung fließen, sondern auch in die soziale Infrastruktur. Eine Gemeinde ist mehr als ihre Gewerbesteuererinnahmen – sie lebt von den Menschen, die hier wohnen und sich engagieren. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Wohnungspolitik. Als Aufsichtsratsvorsitzender der WOBAU ist es mein Anspruch, dass die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ihrem sozialen Auftrag gerecht wird. Bezahlbarer Wohnraum ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Gerade deshalb braucht es

eine starke kommunale Wohnungsbau-gesellschaft, die langfristig Wohnraum schafft, soziale Verantwortung übernimmt und Spekulation keinen Raum lässt. Auch Verkehrsbelastung durch das Güterverkehrszentrum (GVZ) und den Flughafen BER sowie Fragen zu Umwelt- und Klimaschutz werden uns weiter beschäftigen. Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht zulasten der Lebensqualität gehen. Ich werde weiterhin hinsehen und eigene Vorschläge einbringen. Ich stimme nicht jeder Entscheidung zu – aber ich bin auch nicht gegen alles. Wo gute Ideen auf dem Tisch liegen, werde ich sie unterstüt-

zen. Wo soziale Belange zu kurz kommen, machen wir Druck und entwickeln Alternativen. Die bisherige Arbeit zeigt: Linke-Politik wird auch auf kommunaler Ebene gebraucht. Ich werde mich weiter mit Nachdruck für bezahlbares Wohnen, starke Vereine, gute öffentliche Infrastruktur und eine nachhaltige Entwicklung Großbeeren einsetzen. Großbeeren soll nicht nur wachsen – es soll für alle lebenswerter werden.

Robert Kosin, Mitglied der
Gemeindevertretung, Fraktion
SPD/Grüne/Die Linke

Stadt Zossen

Straßenausbau mit Herz statt mit Motorsäge!

In der Stubenrauchstraße in Zossen, zwischen dem Bahnhof und dem Kreisverkehr bei Kaufland, sollen 55 Alleebäume gefällt werden. Seit 2023 liegen der Stadtverwaltung die Pläne des Landesbetriebs vor, diesen Abschnitt der Bundesstraße 96 grundhaft zu erneuern – inklusive Geh- und Radwegen. Ein wichtiges Vorhaben, keine Frage. Doch in der aktuellen Form würde es bedeuten, dass diese 55 Bäume beiderseits der Straße gefällt werden. Ein Verlust, der sich nicht einfach ausgleichen lässt. Denn ein junger Baum ist kein Ersatz für einen alten: Er spendet nicht denselben Schatten, filtert nicht dieselbe Menge Luft, bietet nicht denselben Lebensraum. Er braucht Jahrzehnte, um das zu leisten, was die bestehenden Bäume heute schon tun. Ein echter Ersatz ist auch

nicht geplant. Vielleicht können fünf Bäume stehen bleiben, und vielleicht werden neun neue Bäume an der Stubenrauchstraße gepflanzt. Es bleibt jedoch dabei, dass der ganz überwiegende Teil dieser Allee gefällt werden soll. Der Straßenabschnitt der Stubenrauchstraße gehört zu den am stärksten befahrenen Straßen in Zossen – mit den entsprechenden Beeinträchtigungen für die Anwohner*innen. Insofern spielen die 55 gesunden, starken Alleebäume eine wichtige Rolle. Seit Jahrzehnten prägen sie das Stadtbild für viele Menschen. Sie sind weit mehr als bloßes »Straßenbegleitgrün«: Sie spenden Schatten in heißen Sommern, dämpfen den Verkehrslärm der meistbefahrenen Straße der Stadt und filtern Schadstoffe aus der Luft. Sie sind lebendige Klimaanlagen, Lärmschutzwände und

Sauerstoffspender zugleich. Ihr Wert lässt sich nicht in Baukosten oder Quadratmetern Asphalt messen, sondern in Lebensqualität, Gesundheit und dem Gefühl, in einer Stadt zu leben, die ihre Natur nicht leichtfertig opfert.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 10.06.2026 stand der Abschluss einer Planungsvereinbarung über den Ausbau der Bundesstraße 96 zwischen der Stadt Zossen und dem Landesbetrieb Straßenwesen. Darin enthalten ist eine Planungskostenbeteiligung von 118.650 €, die die Stadt aufbringen soll. Aus den Informationen zur Vorlage geht hervor, dass ein Planfeststellungsverfahren offenbar bereits läuft.

Der Bauausschuss hat sich geweigert, fertige Pläne einfach abzunicken. Er forderte einstimmig Verhandlungen mit dem Land Brandenburg, um den Erhalt der geschützten Alleebäume zu erreichen. Und genau das ist der richtige Weg. Denn es geht nicht darum, die Erneuerung der Straße zu verhindern – es geht darum, sie klug zu gestalten.



Foto: C. Preuß

Blick auf die Stubenrauchstraße

Es gibt Lösungen, die beides ermöglichen: eine moderne, sichere Straße mit neuen Geh- und Radwegen und den Erhalt der Allee. Andere Kommunen haben es vorgemacht. Straßen können angepasst, Leitungen verlegt, Radwege verschwenkt werden – ohne dass eine ganze Allee geopfert wird. Die SVV hat noch keinen Beschluss zum Abschluss der Planungsvereinbarung gefasst. Nach der Sommerpause soll nun der Landesbetrieb Straßenwesen das Projekt den Stadtverordneten vorstellen.

Carsten Preuß, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, Fraktion SPD-Linke-Grüne/B90

Stadt Jüterbog

Mehr Miteinander – mehr Ergebnisse

Seit dem Amtsantritt der neuen Bürgermeisterin Christiane Lindner-Klopsch hat sich die Arbeitsweise in der Jüterboger Stadtverordnetenversammlung (SVV) spürbar verändert. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtverordneten ist sachlicher, offener und stärker auf gemeinsame Lösungen ausgerichtet. Das zeigt sich an den zahlreichen Beschlüssen der vergangenen Monate – von Stadtentwicklung und Wohnungsbau über Bildung bis hin zu Verkehr und Digitalisierung. Die Verwaltung informiert regelmäßig über laufende Projekte und bindet die Stadtverordneten frühzeitig in Entscheidungen ein. Aus unserer Sicht ist damit ein Politikstil eingezogen, der den Dialog wieder in den Mit-

telpunkt stellt. Die Bürgermeisterin versucht, die Stadtverordneten auch bei komplexen Themen mitzunehmen, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Das sorgt für mehr Transparenz und stärkt das Vertrauen in die kommunalpolitische Arbeit. Natürlich läuft nicht alles reibungslos. Manche Themen müssen differenziert und sorgfältig betrachtet werden – das ist schließlich der Kern der Demokratie. Gerade bei wichtigen Infrastrukturprojekten steht die Verwaltung weiterhin vor großen Herausforderungen. So verzögert sich der Straßenbau am Neumarkt unter anderem durch unerwartete Probleme an der Gründung der Nuthebrücke. Hier wünschen wir

uns stellenweise eine noch transparentere Kommunikation über Zeitpläne und Schwierigkeiten. Auch bei den geplanten Kitaum- und Neubauten sowie der dringend benötigten Sanierung der Lindenschule gibt es Verzögerungen. Ursache sind unterschiedliche Auffassungen zwischen Landkreis und Stadt über die planungsrechtlichen Voraussetzungen. Mit eigenen Bebauungsplänen will die Stadt die Entscheidungen stärker in kommunale Verantwortung holen und die Projekte voranbringen. Dieser Weg wird allerdings ebenfalls mindestens ein Jahr zusätzliche Zeit in Anspruch nehmen. Entscheidend ist für uns, dass Probleme nicht unter den Teppich gekehrt, sondern offen benannt und diskutiert werden. Nicht jede Entscheidung fällt leicht und nicht jedes Vorhaben lässt sich sofort umsetzen. Dennoch entsteht der Eindruck, dass wieder gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird,



Foto: F. Thiel

Rathaus Jüterbog

statt dass Projekte an persönlichen Konflikten oder mangelnder Kommunikation scheitern. Nach den ersten Monaten lässt sich deshalb ein positives Zwischenfazit ziehen: Die politische Kultur in Jüterbog hat sich verändert. Mehr Miteinander, mehr Transparenz und eine konstruktive Zusammenarbeit sorgen dafür, dass die SVV wieder stärker als gemeinsames Gremium für die Entwicklung unserer Stadt arbeitet. Das ist eine gute Grundlage, um die anstehenden Aufgaben erfolgreich anzugehen.

Ulrike Anders, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, Fraktion Die Linke

Impressum

Herausgeber: Die Linke im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 31. Juli 2026
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern
Auflage: 1.500 · August 2026, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.